



623 Bericht von Alexander Kriwoluzky und Frederik Kurcz

Zinserhöhungen der EZB wirken in Euroländern mit restriktiver Fiskalpolitik härter

- Zinserhöhung belastet Haushalte der Euroländer über Zinsausgaben und schwächere Konjunktur
- Studie schätzt, wie Wirtschaftsleistung auf Zinserhöhung je nach Fiskalpolitik reagiert
- Sparende Länder verlieren mehr Wirtschaftsleistung als Länder, die Schulden aufnehmen

631 Interview mit Frederik Kurcz



633 Bericht von Anna Bindler, Barbara Boelmann, Lena Janys und Luisa H. Santiago Wolf

Beispiel Wiedervereinigung zeigt: Hohe Arbeitskräftenachfrage erhöht Diversität nicht zwangsläufig

- Studie untersucht am Beispiel Wiedervereinigung, ob ein Arbeitsnachfrageschock die Diversität in der Arbeitnehmerschaft erhöht
- Ein solcher Schock allein reicht dafür offenbar nicht aus, selbst wenn sonst Effizienzverluste drohen
- Diverse Arbeitnehmerschaften können ökonomisch sinnvoll sein, auch wenn sie kein politisches Ziel sind

644 Kommentar von Marcel Fratzscher

Die Macht über Künstliche Intelligenz gehört nicht in private Hände

Finanzökonomische Aspekte der Kraftfahrzeugbesteuerung

Die finanziellen Leistungen des Kraftverkehrs und die Straßenausgaben nach Gebietskörperschaften in den Rechnungsjahren 1949–1955 in Mill. DM

Körperschaften	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Bund							
Einnahmen aus Mineralölsteuer u. Zoll	140	223	546	776	933	1 013	1 485
Unmittelbare Ausgaben	2	196	207	236	301	292	•
Eigenausgaben ¹⁾	14	212	216	250	326	322	²⁾ 440
Länder und Hansestädte							
Einnahmen aus der Kfz.-Steuer	282	346	407	464	527	596	745
Unmittelbare Ausgaben	355	224	265	298	376	344	•
Eigenausgaben ¹⁾	458	359	411	461	549	613	•
Restl. Gebietskörperschaften							
Unmittelbare Ausgaben	521	651	784	955	1 117	1 375	•
Eigenausgaben ¹⁾	385	494	620	771	913	1 071	•

¹⁾ Unmittelbare Ausgaben zuzügl. der Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften, abzügl. der vereinnahmten Zuschüsse. — ²⁾ Voranschlag.

© CC BY 4.0

Das jährliche Aufkommen aus sämtlichen Sonderabgaben des Kraftverkehrs beträgt gegenwärtig im Bundesgebiet bei steigender Tendenz etwa 21/2 Mrd. DM, wovon 3/4 Mrd. DM auf die Kraftfahrzeugsteuer entfallen. Die Ausgaben für Straßenbau und -unterhaltung im Bundesgebiet betrugen im Rechnungsjahr 1954/55 — neuere amtliche Angaben liegen nicht vor — 2 Mrd. DM, von denen auf den Bund rd. 300 Mill. DM entfielen¹⁾. Über die Hälfte der Ausgaben für Straßenbau und -unterhaltung beansprucht das gemeindliche Straßennetz (einschl. der Bürgersteige, der Radwege usw.). Maßgebend für die Anteile der einzelnen Straßenarten ist die Aufgaben- und Lastenverteilung im Straßenwesen. Eine Aufrechnung der Straßenausgaben nach Gebietskörperschaften- einerseits und der Einnahmen aus dem Kraftverkehr andererseits ergibt folgendes Bild²⁾:

Die direkten Einnahmen aus dem Verwaltungszweig Straßenwesen (Beiträge, Gebühren, Strafen usw.), etwa eine halbe Mrd. DM, sind ebenso wie das Beförderungsteueraufkommen des Kraftverkehrs — 1955/56 etwa 220 Mill. DM — außer Ansatz geblieben. Bei den Gemeinden, die an den Einnahmen aus dem Kraftverkehr nicht unmittelbar beteiligt sind, spielen diese Direkteinnahmen eine gewisse Rolle.

Aus dem Wochenbericht Nr. 41 vom 14. Oktober 1956

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 7. Oktober 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Peter Haan; Dr. Lavinia Kinne

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony;
Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

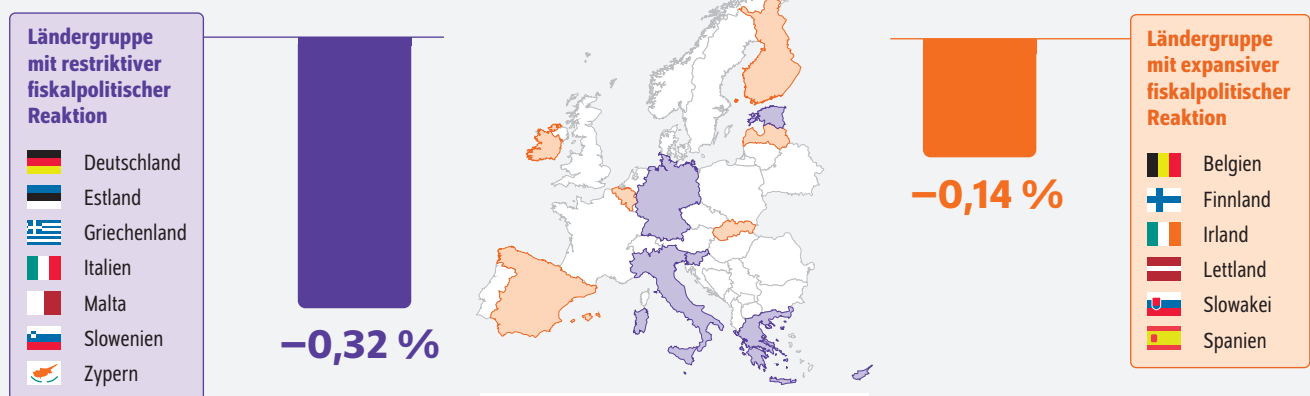
Zinserhöhungen der EZB wirken in Euroländern mit restriktiver Fiskalpolitik härter

Von Alexander Kriwoluzky und Frederik Kurcz

- Um Inflation durch Iran-Krieg im Euroraum einzudämmen, hat Europäische Zentralbank (EZB) Leitzinsen erhöht; weitere Schritte sind möglich
- Höhere Zinsen belasten Staatshaushalte der Euroländer: über steigende Zinsausgaben, sinkende Steuereinnahmen und höhere Transferausgaben infolge schwächerer Konjunktur
- Studie schätzt für jedes Euroland, wie sich Schuldenstand, Staatsausgaben und Wirtschaftsleistung nach Zinserhöhung je nach fiskalpolitischer Reaktion entwickeln
- Länder, die entstehende Haushaltslücke durch Ausgabenkürzungen auffangen, verlieren deutlich mehr Wirtschaftsleistung als Länder, die zusätzliche Schulden aufnehmen
- Fiskalpolitische Kehrtwende in Deutschland dürfte Bremswirkung von Zinserhöhungen abschwächen; EZB muss Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten stärker in ihr Kalkül einbeziehen

Zinserhöhungen bremsen die Konjunktur – in Ländern, die daraufhin sparen, stärker als in Ländern, die ihre Ausgaben nicht kürzen

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts drei Quartale nach einer EZB-Zinserhöhung 1999 bis 2025



Quellen: Eurostat; EZB; eigene Berechnungen.

CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Wie stark ein Zinsschritt der EZB die Wirtschaft bremst, entscheidet sich nicht nur in Frankfurt, sondern auch in den Finanzministerien der Mitgliedstaaten. Wer höhere Zinsen mit Ausgabenkürzungen beantwortet, verstärkt die Bremswirkung. Wer sie vorübergehend über Schulden finanziert, federt sie ab. Deutschland wechselt gerade von der einen in die andere Gruppe.“ — Alexander Kriwoluzky —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Frederik Kurcz
www.diw.de/mediathek

Zinserhöhungen der EZB wirken in Euroländern mit restriktiver Fiskalpolitik härter

Von Alexander Kriwoluzky und Frederik Kurcz

ABSTRACT

Der Iran-Krieg hat die Energiepreise und dadurch die Inflation im Euroraum erneut in die Höhe getrieben. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat darauf mit bisher zwei Zinserhöhungen reagiert, weitere könnten folgen. Dabei gerät leicht aus dem Blick, dass höhere Zinsen nicht nur Unternehmen und private Haushalte, sondern auch die Staatshaushalte belasten: Die Zinsausgaben steigen. Zudem drückt die schwächere Konjunktur die Steuereinnahmen und treibt die Transferausgaben. Dieser Wochenbericht untersucht mit Zeitreihenmodellen für jedes Euroland, wie Schuldenstand, Staatsausgaben, Wirtschaftsleistung und Inflation auf eine Zinserhöhung der EZB reagieren. Die Ergebnisse zeigen, dass sich diese je nach fiskalpolitischer Reaktion der Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich entwickeln. Länder, die die Haushaltslücke durch Ausgabenkürzungen auffangen, darunter bis 2025 Deutschland, verlieren nach einer Zinserhöhung deutlich mehr Wirtschaftsleistung als Länder, die vorübergehend zusätzliche Schulden aufnehmen. Für die EZB folgt daraus, dass die Wirkung ihrer Zinspolitik von der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten abhängt. Mit der 2025 eingeleiteten fiskalpolitischen Kehrtwende in Deutschland dürfte sich die Zinswirkung im größten Euroland künftig abschwächen. Dementsprechend muss die EZB die Zinsen möglicherweise stärker anheben, um die Inflation ausreichend zu dämpfen.

Am 10. September 2026 hat der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) den Einlagenzins auf 2,5 Prozent angehoben. Es war bereits die zweite Zinserhöhung in diesem Jahr und die Antwort auf einen Inflationsschub, den der Iran-Krieg ausgelöst hat. Seit Ende Februar ist die Straße von Hormus umkämpft, der Preis für Brent-Öl stieg zeitweise wieder über 100 US-Dollar je Barrel, und die Energiepreise im Euroraum lagen im August um mehr als 14 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Gesamtinflation im Euroraum erreichte im August 3,2 Prozent, den höchsten Wert seit September 2023. Nach Einschätzung der EZB wird die Teuerung auch im Jahr 2027 deutlich über dem Ziel von zwei Prozent liegen.¹

Die Debatte darüber, ob die EZB die Zinsen dementsprechend weiter anheben sollte, dreht sich wie schon in der Energiepreiskrise der Jahre 2022 und 2023 um die Frage, wie stark höhere Zinsen die ohnehin schwache Konjunktur belasten: Kredite werden teurer, Unternehmen investieren weniger, private Haushalte verschieben größere Anschaffungen. Dass Zinserhöhungen der EZB zugleich die Energiepreise selbst dämpfen und die Inflation damit wirksamer bekämpfen, als die EZB lange annahm, hat das DIW Berlin in früheren Wochenberichten gezeigt.²

Wichtige Akteure bleiben in dieser Debatte jedoch meist außen vor: die Finanzministerien der Euroländer. Eine Zinserhöhung trifft die Staatshaushalte gleich mehrfach: Die Staaten gehören zu den größten Schuldern des Euroraums, und eine Zinserhöhung erhöht ihre Zinslast. Wie sich das im Haushalt niederschlägt, zeigt das Beispiel Deutschland. Die Zinsausgaben des Bundes sind zuletzt auf gut 30 Milliarden Euro im Haushalt 2026 stark gestiegen und sollen nach der Finanzplanung bis 2030 knapp 81 Milliarden Euro

¹ Europäische Zentralbank (2026): Geldpolitische Beschlüsse. Pressemitteilung vom 10. September 2026 (online verfügbar, abgerufen am 11. September 2026). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht; Eurostat (2026): Schnellschätzung der Inflation im Euroraum. August 2026 (online verfügbar).

² Gökhan Ider, Alexander Kriwoluzky und Frederik Kurcz (2022): EZB kann Kraftstoff- und Heizkosten mit Zinserhöhung senken, riskiert aber wirtschaftliche Erholung. DIW Wochenbericht Nr. 14, 219–225 (online verfügbar); Gökhan Ider et al. (2024): Geldpolitik in Zeiten der Energiepreiskrise: EZB hätte Inflation frühzeitiger eindämmen können. DIW Wochenbericht Nr. 42, 657–663 (online verfügbar).

erreichen.³ Das liegt zum einen daran, dass auslaufende Anleihen aus der Niedrigzinsphase durch höher verzinsten Papiere ersetzt werden. Zum anderen dürfte der Schuldenberg mit der fiskalpolitischen Kehrtwende vom März 2025, die eine Reform der Schuldenbremse, das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie die Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenregel umfasst, bis 2029 auf rund 2,7 Billionen Euro anwachsen.⁴

Doch Zinserhöhungen lassen nicht nur die Zinsausgaben steigen, sie belasten auch die Konjunktur. Höhere Zinsen dämpfen Investitionen und Konsum und damit die Wirtschaftsaktivität. Mit ihr sinken die Einnahmen aus Einkommen-, Unternehmen- und Umsatzsteuern, während die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und andere Transfers steigen. Diese automatischen Stabilisatoren⁵ reißen eine Lücke in den Haushalt, die – anders als die Zinslast – sofort und nicht erst mit fortschreitender Umschuldung entsteht. Beide Kanäle zusammen zwingen die Fiskalpolitik nach einer Zinserhöhung zu einer budgetären Reaktion.

Dass geldpolitische Entscheidungen auf diese Weise auf die Fiskalpolitik zurückwirken, wird häufig übersehen. Und noch seltener wird gefragt, was daraus für die Wirkung der Geldpolitik selbst folgt.⁶ Genau dieser Frage geht der vorliegende Wochenbericht nach: Wie reagieren die öffentlichen Haushalte der Euroländer auf eine Zinserhöhung der EZB, und wie verändert diese Reaktion die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Zinserhöhung? Für eine Währungsunion, in der die Geldpolitik europäisch, die Fiskalpolitik aber national organisiert ist, ist das keine akademische Frage. Sie entscheidet darüber, ob ein und derselbe Zinsschritt der EZB in Rom, Tallinn oder Berlin anders wirkt als in Madrid oder Helsinki – und damit über die Stabilität der Währungsunion in Zeiten steigender Zinsen.

Zinslasten sind im Euroraum hoch und sehr ungleich verteilt

Deutschland ist mit steigenden Zinsausgaben kein Sonderfall, sondern holt eher nach, was in anderen Euroländern längst Realität ist. Ende 2025 lag der Schuldenstand im Euroraum im Durchschnitt bei 88 Prozent der Wirtschaftsleistung, wobei die Spanne von 24 Prozent in Estland bis

3 Deutscher Bundestag (2025): Bundestag beschließt Ausgaben von 524,54 Milliarden Euro für 2026. Textarchiv vom 28. November 2025 (online verfügbar); Deutscher Bundestag (2026): Haushalt 2027: Zinsausgaben des Bundes steigen deutlich. Kurzmeldung (online verfügbar); Bundesministerium der Finanzen (2026): Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030. Bundestagsdrucksache 21/7301.

4 Bundesrechnungshof (2025): Analyse zur Lage der Bundesfinanzen für die Beratungen zum Bundeshaushalt 2026. Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO zum Entwurf des Bundeshaushalts 2026 und zum Finanzplan bis 2029 (online verfügbar).

5 Automatische Stabilisatoren sind Elemente des Steuer- und Transfersystems, die konjunkturelle Schwankungen der Produktion und des verfügbaren Einkommens dämpfen, ohne dass diskretionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich sind. Im Abschwung sinken die Steuereinnahmen und steigen die Transferzahlungen automatisch; im Aufschwung verhält es sich umgekehrt.

6 In der Literatur wurde dieser Kanal jedoch zuletzt hervorgehoben, vgl. Greg Kaplan, Benjamin Moll und Giovanni L. Violante (2018): Monetary Policy According to HANK. American Economic Review 108(3), 697–743; Frederik Kurcz (2025): Quantifying the Fiscal Channel of Monetary Policy. DIW Discussion Paper 2109 (online verfügbar).

Tabelle

Staatsverschuldung, Zinslast und Reaktion der Euroländer auf EZB-Zinserhöhung

Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts und Zinsausgaben in Prozent der Staatsausgaben 2025

Land	Schuldenstand	Zinsausgaben	Geschätzte fiskalische Reaktion
Deutschland	64	2,2	ausgabenkürzend
Estland	24	1,1	ausgabenkürzend
Griechenland	146	6,5	ausgabenkürzend
Italien	137	7,5	ausgabenkürzend
Malta	46	3,3	ausgabenkürzend
Slowenien	66	2,6	ausgabenkürzend
Zypern	55	2,8	ausgabenkürzend
Belgien	108	4,1	expansiv
Finnland	89	2,8	expansiv
Irland	35	2,2	expansiv
Lettland	47	2,3	expansiv
Slowakei	61	3,2	expansiv
Spanien	100	5,3	expansiv
Frankreich	115	3,9	gemischt
Kroatien	56	2,8	gemischt
Litauen	40	2,1	gemischt
Luxemburg	27	0,7	gemischt
Niederlande	45	1,6	gemischt
Österreich	81	2,9	gemischt
Portugal	90	4,6	gemischt
Euroraum	88	3,8	–

Anmerkungen: Schuldenstand nach Maastricht-Definition in Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts. Die Zuordnung der Ländergruppen ergibt sich aus der geschätzten Reaktion von Schuldenstand und Staatsausgaben auf eine unerwartete Zinserhöhung der EZB. Bulgarien ist erst seit 2026 Mitglied des Euroraums und wird nicht betrachtet.

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

146 Prozent in Griechenland reicht (Tabelle). Entsprechend unterschiedlich fiel die Zinslast aus: In Italien flossen im vergangenen Jahr 7,5 Prozent aller Staatsausgaben in den Schuldendienst, in Griechenland 6,5 Prozent und in Spanien 5,3 Prozent; im Euroraum insgesamt waren es 3,8 Prozent. Jede Zinserhöhung der EZB verteuert die Refinanzierung dieser Schulden – nicht sofort, da nur der jeweils fällig werdende Teil neu am Markt platziert werden muss, sie ist aber über mehrere Jahre hinweg spürbar. Hinzu kommt in allen Ländern der konjunkturelle Kanal: Die von der Zinserhöhung ausgelöste Abschwächung der Wirtschaftsaktivität lässt die Staatseinnahmen sinken und die Transferausgaben steigen.

Wie die Regierungen auf diese Mehrbelastung reagieren, ist keineswegs vorgezeichnet. Sie können die höheren Zinsausgaben und die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle an anderer Stelle einsparen, um Defizit und Schuldenstand nicht steigen zu lassen. Die Zinserhöhung wirkt dann wie eine Haushaltskürzung. Sie können die Haushaltslücke aber auch vorübergehend über zusätzliche Kredite finanzieren und so die übrigen Staatsausgaben stabil halten. Welche dieser Optionen gewählt wird, hängt maßgeblich von nationalen Fiskalregeln, von der Haltung der jeweiligen Regierung

Kasten

Modell, Identifikation des geldpolitischen Schocks und Gruppierung der Länder

Für jedes Euroland wird ein bayesianisches vektorautoregressives Zeitreihenmodell (BVAR) geschätzt, das die dynamischen Wechselwirkungen zwischen dem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), dem BIP-Deflator als Maß für die Inflation, den realen Staatsausgaben, dem realen Schuldenstand des Staates, Finanzmarktvariablen sowie der Rendite einjähriger Bundesanleihen als Indikator des geldpolitischen Kurses abbildet. Geschätzt wird mit Quartalsdaten von Eurostat und Macrobond für den Zeitraum 1999 bis 2025; die extremen Ausschläge der Pandemiequartale werden mit einem eigens dafür entwickelten Verfahren abgefangen.¹ Die bayesianische Schätzung liefert für jedes Land eine vollständige Verteilung der Impulsantworten auch mit Schätzunsicherheiten.

Der geldpolitische Schock wird wie in früheren DIW-Analysen zur Energiepreiskrise über die Veränderung der Zinserwartungen an den Finanzmärkten (Overnight Index Swaps) in einem engen Zeitfenster um die Ankündigungen des EZB-Rats identifiziert.² Diese unerwarteten Veränderungen werden zu Quartalswerten aggregiert und als Instrument im Modell verwendet; Veränderungen, die eher neue Informationen der EZB über die Konjunktur als eine Änderung ihres Kurses widerspiegeln, werden herausgerechnet.³

¹ Danilo Cascaldi-Garcia (2022): Pandemic Priors. Board of Governors of the Federal Reserve System. International Finance Discussion Papers Nr. 1352.

² Mark Gertler und Peter Karadi (2015): Monetary Policy Surprises, Credit Costs, and Economic Activity. *American Economic Journal: Macroeconomics* 7(1), 44–76; Carlo Altavilla et al. (2019): Measuring euro area monetary policy. *Journal of Monetary Economics* 108, 162–179.

³ Marek Jarociński und Peter Karadi (2020): Deconstructing Monetary Policy Surprises – The Role of Information Shocks. *American Economic Journal: Macroeconomics* 12(2), 1–43.

Für alle Länder wird derselbe Schock betrachtet: eine unerwartete Zinserhöhung, die die Rendite einjähriger Bundesanleihen kurz nach Ankündigung um 25 Basispunkte steigen lässt. Dies stellt sicher, dass die Unterschiede in den Impulsantworten allein auf unterschiedliche Reaktionen der jeweiligen Volkswirtschaft und ihrer Finanzpolitik zurückgehen.⁴

Die Gruppierung der Länder erfolgt nicht vorab, sondern ergibt sich aus den Schätzergebnissen. Länder, in denen der Schuldenstand in den ersten vier Jahren (16 Quartalen) nach dem Schock nicht steigt und die Staatsausgaben zurückgehen, folgen faktisch einer Regel des ausgeglichenen Haushalts („balanced budget rule“): Sie finanzieren die Haushaltsbelastung durch Kürzungen an anderer Stelle. Länder, in denen der Schuldenstand steigt, während die Staatsausgaben stabil bleiben oder zunehmen, reagieren expansiv und finanzieren sie über zusätzliche Kredite. Länder ohne eindeutiges Muster bilden eine dritte, gemischte Gruppe. Für jede Gruppe werden die geschätzten Verteilungen der Impulsantworten der zugehörigen Länder zusammengeführt („gepoolt“); die dargestellten Gruppenreaktionen beschreiben damit die typische Reaktion eines Landes der jeweiligen Gruppe unter Berücksichtigung der Schätzunsicherheit in jedem einzelnen Land.⁵

⁴ Lutz Kilian und Helmut Lutkepohl (2017): Structural Vector Autoregressive Analysis. Cambridge University Press.

⁵ Benjamin Born et al. (2026): Anchored in troubled waters: Monetary Unions and Uncertainty. CEPR Discussion Paper 15579.

und vom Druck der Finanzmärkte ab. Und sie entscheidet mit darüber, wie stark eine Zinserhöhung die Wirtschaft des jeweiligen Landes bremst.

Nach einer Zinserhöhung sparen einige Euroländer, andere verschulden sich

Der vorliegende Wochenbericht geht der Frage nach, wie die Euroländer auf die Zinserhöhungen fiskalpolitisch reagieren und welche unterschiedlichen realwirtschaftlichen Auswirkungen dies hat. Dazu wird für jedes Euroland anhand der Daten von Eurostat, EZB und Macrobond Financial im Zeitraum 1999 bis 2025 empirisch geschätzt, wie sich Schuldenstand und Staatsausgaben entwickeln, wenn die EZB die Zinsen anhebt (Kasten).⁷ Die Länder werden anschließend nicht anhand institutioneller Merkmale wie Fiskalregeln oder Schuldenquoten gruppiert, sondern anhand dieser geschätzten Reaktion (Tabelle).⁸ So lassen sich die

gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Zinserhöhung über die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), Investitionen und Konsum ablesen und für Länder mit unterschiedlichem fiskalpolitischem Verhalten direkt vergleichen.

Die Schätzungen bestätigen zunächst, dass eine Zinserhöhung der EZB die öffentlichen Haushalte in allen Euroländern im Durchschnitt belastet: Die Zinsausgaben des Staates steigen tendenziell, zugleich geht die Wirtschaftsleistung zurück, was die Steuereinnahmen schmälert und die Transferausgaben erhöht. Wie die Regierungen auf diese Belastung reagieren, unterscheidet sich jedoch erheblich: Eine erste Gruppe von Ländern hält den Schuldenstand nach der Zinserhöhung konstant, während die Staatsausgaben zurückgehen (Abbildung 1). Zu dieser Gruppe gehören Deutschland, Estland, Griechenland,⁹ Italien, Malta, Slowenien und Zypern. Diese Gruppe reagiert auf die Zinserhöhung im Zeitraum 1999 bis 2025 eher mit einer konservativen Fiskalpolitik und versucht, den belasteten Haushalt auszugleichen. Steigen die Zinsausgaben und sinken die

⁷ Betrachtet wird eine Zinserhöhung, die die Rendite einjähriger Staatsanleihen um 0,25 Prozentpunkte nach Ankündigung erhöht.

⁸ Die Analyse schätzt die durchschnittliche fiskalische Reaktion je Land über den gesamten Stichprobenzeitraum 1999 bis 2025. Eine Änderung der fiskalischen Reaktion innerhalb dieses Zeitraums wird nicht gesondert betrachtet.

⁹ Griechenland gehört zu den Ländern, deren fiskalpolitische Ausrichtung sich im Betrachtungszeitraum maßgeblich geändert hat. Hier wird aber nur die durchschnittliche Reaktion über den Gesamtzeitraum gemessen.

Steuereinnahmen, werden andere Ausgaben gekürzt oder geplante Mehrausgaben unterlassen. Die Fiskalpolitik wirkt in diesen Ländern nach einer Zinserhöhung restriktiv – und verstärkt damit den dämpfenden Impuls der Geldpolitik. Die Staatsausgaben liegen in dieser Gruppe in den ersten vier Quartalen rund 0,3 Prozent unter dem Niveau, das sie ohne die Zinserhöhung erreicht hätten.

Eine zweite Gruppe reagiert expansiv. In Belgien, Finnland, Irland, Lettland, der Slowakei und Spanien steigt der Schuldenstand nach einer Zinserhöhung um bis zu 0,5 Prozent, während die Staatsausgaben weitgehend stabil bleiben. Diese Länder lassen die höheren Zinskosten und die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle kurzfristig in höhere Defizite laufen. Die öffentliche Nachfrage bleibt dadurch erhalten, der Staat wirkt als Stabilisator. Die übrigen Euroländer – Frankreich, Kroatien, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Portugal – liegen zwischen diesen beiden Mustern: Sie nehmen nach einer Zinserhöhung teilweise zusätzliche Schulden auf, kürzen zugleich aber auch Ausgaben.

Bemerkenswert ist, dass sich die Zuordnung nicht aus der Höhe der Verschuldung ergibt. In der Gruppe der sparenden Länder finden sich mit Griechenland und Italien die beiden am höchsten verschuldeten Euroländer, aber auch Estland mit der niedrigsten Schuldenquote. Umgekehrt reagieren mit Belgien und Spanien zwei hoch verschuldete Länder expansiv, aber auch Irland und Lettland mit vergleichsweise niedrigen Schuldenständen. Die fiskalische Reaktion auf höhere Zinsen ist also eine Frage des politischen und institutionellen Verhaltens, nicht allein der wirtschaftlichen Ausgangslage. Für Griechenland und Italien dürfte der Druck der Finanzmärkte und der europäischen Fiskalregeln eine Rolle spielen, für Deutschland und Estland die strikten nationalen Schuldenregeln.

Wer spart, verliert mehr Wirtschaftsleistung

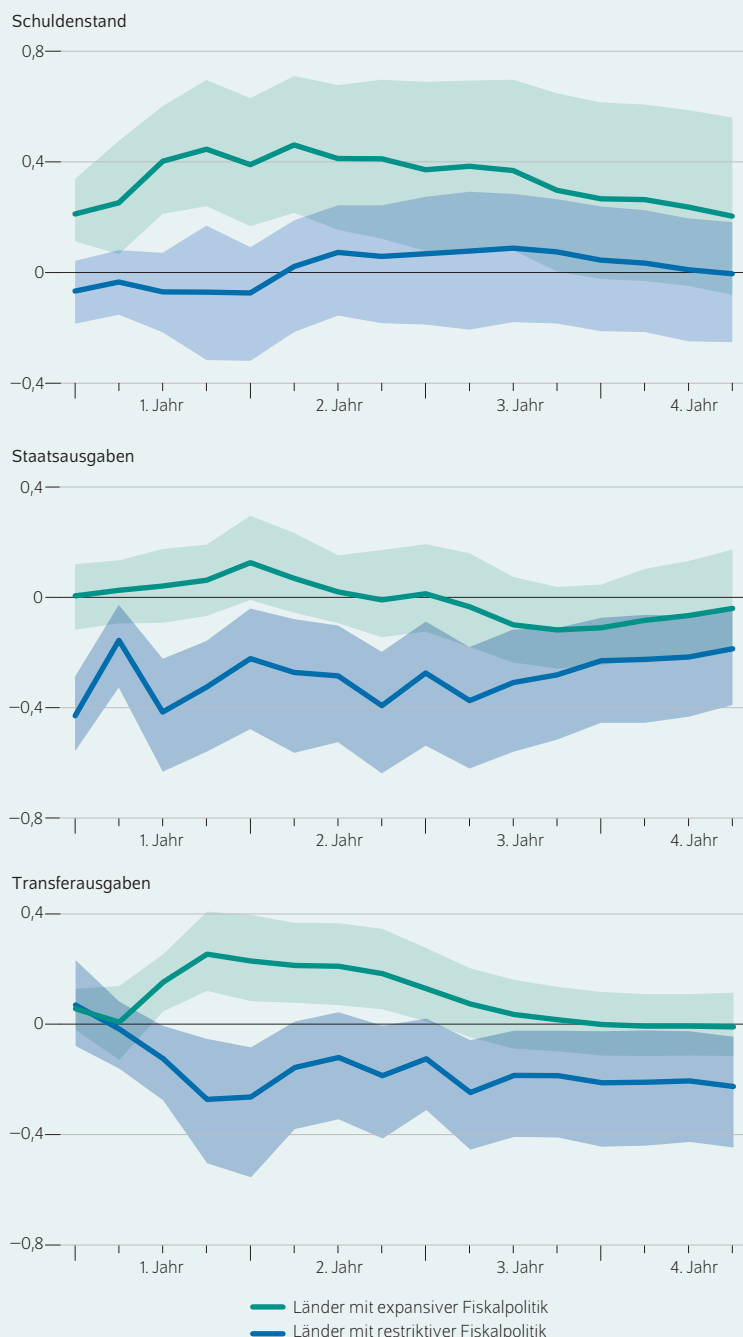
Das zentrale Ergebnis der Analyse zeigt sich, wenn man die Reaktion der Wirtschaftsleistung in beiden Gruppen vergleicht (Abbildung 2). Eine Zinserhöhung der EZB senkt das BIP in allen Euroländern – das entspricht den gängigen makroökonomischen Theorien. Der Rückgang fällt in den sparenden Ländern jedoch deutlich stärker aus und hält länger an: Das BIP liegt dort nach drei Quartalen um 0,32 Prozent unter dem Niveau von vor der Zinserhöhung, in den expansiven Ländern sinkt es dagegen nur um 0,14 Prozent.

Der Mechanismus hinter diesem Ergebnis ist ökonomisch naheliegend. Eine Zinserhöhung verteuert Kredite, dämpft Investitionen und Konsum und verschlechtert die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und privaten Haushalten. Kürzt der Staat gleichzeitig seine Ausgaben, um die gestiegene Zinslast und die wegbrechenden Steuereinnahmen aufzufangen, kommt ein zweiter restriktiver Impuls hinzu: Geld- und Fiskalpolitik bremsen dann in dieselbe Richtung.

Abbildung 1

Reaktion von Schuldenstand, Staatsausgaben und Transferausgaben auf eine Zinserhöhung der EZB¹ nach Ländergruppen

Veränderungen in Prozent



¹ Berücksichtigt werden Zinserhöhungen der EZB, die die Rendite einjähriger Bundesanleihen um 25 Basispunkte steigen lassen.

Anmerkung: Die schattierten Flächen geben das 68-Prozent-Kreditintervall an. Das heißt, dass in 68 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Länder mit restriktiver Fiskalpolitik: Deutschland, Estland, Griechenland, Italien, Malta, Slowenien, Zypern. Länder mit expansiver Fiskalpolitik: Belgien, Finnland, Irland, Lettland, Slowakei, Spanien.

Quellen: Eurostat; Macrobond Financial AB; EZB; eigene Berechnungen.

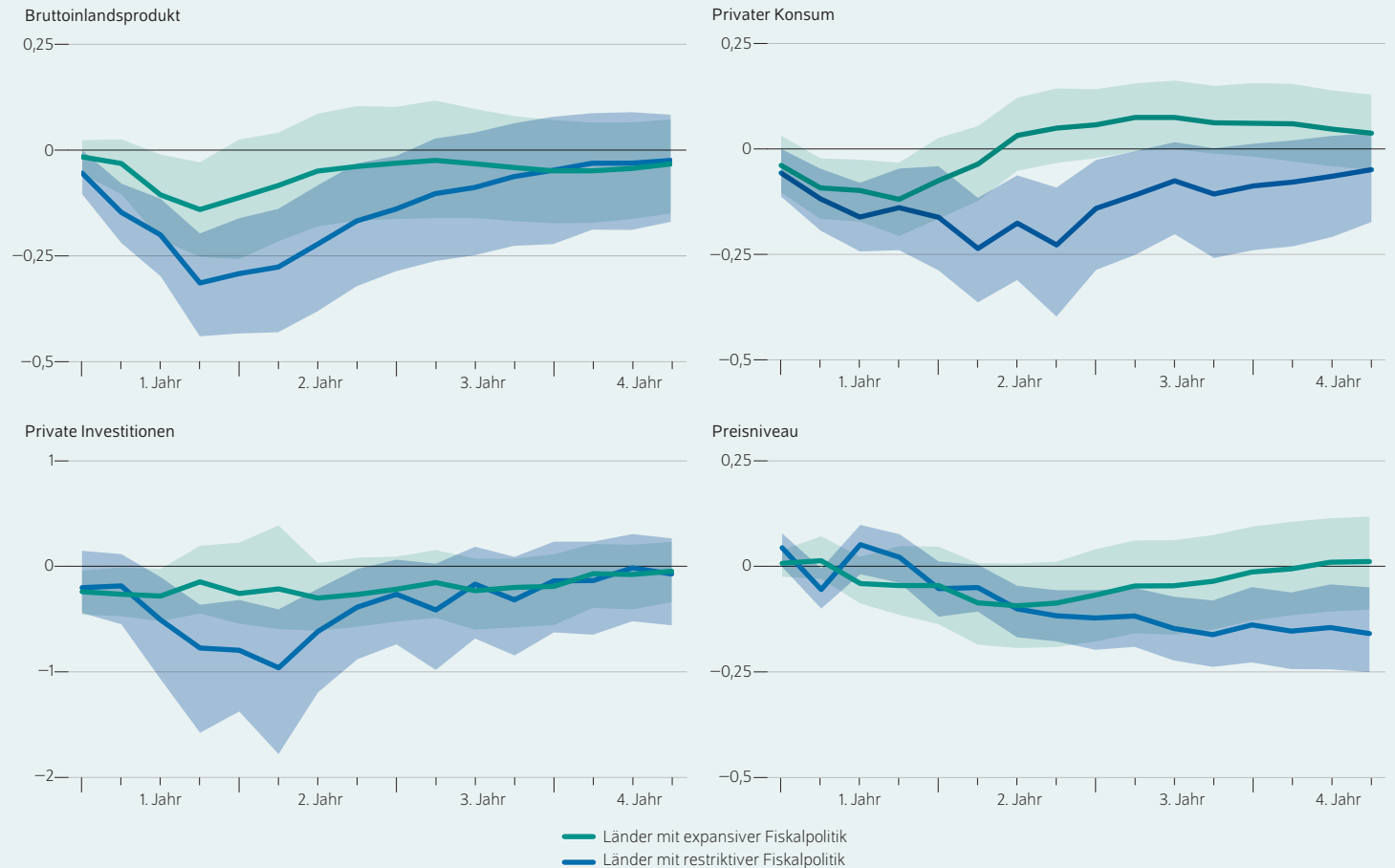
© CC BY 4.0

Nach einer Zinserhöhung kürzen die sparenden Länder ihre Ausgaben, die expansiven Länder nehmen zusätzliche Schulden auf.

Abbildung 2

Reaktion des Bruttoinlandsprodukts und des Preisniveaus auf eine Zinserhöhung der EZB¹ nach Ländergruppen

Abweichung vom Niveau vor Zinserhöhung in Prozent



¹ Berücksichtigt werden Zinserhöhungen der EZB, die die Rendite einjähriger Bundesanleihen um 25 Basispunkte steigen lassen.

Anmerkung: Die schattierten Flächen geben das 68-Prozent-Kreditintervall an. Das heißt, dass in 68 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Länder mit restriktiver Fiskalpolitik: Deutschland, Estland, Griechenland, Italien, Malta, Slowenien, Zypern. Länder mit expansiver Fiskalpolitik: Belgien, Finnland, Irland, Lettland, Slowakei, Spanien.

Quellen: Eurostat; Macrobond Financial AB; EZB; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

In Ländern mit expansiver Fiskalpolitik sinkt die Wirtschaftsleistung weniger stark, da der private Konsum und die Investitionen nicht so deutlich zurückgehen.

In den expansiv reagierenden Ländern fehlt dieser zweite Impuls. Um die Haushaltslücke zu verkleinern, wird nicht sofort an anderer Stelle eingespart. Die automatischen Stabilisatoren können wirken, die staatliche Nachfrage bleibt stabil und federt den Rückgang der privaten Nachfrage teilweise ab. Der Preis dafür ist ein vorübergehend höherer Schuldenstand, der allerdings – so zeigen die Schätzungen – nach vier Jahren nicht mehr signifikant über dem Ausgangsniveau liegt (Abbildung 1). Ähnlich wie beim BIP geht auch das Preisniveau in den expansiv reagierenden Ländern über den Betrachtungszeitraum weniger stark zurück. Damit konterkariert eine expansive fiskalpolitische Reaktion also das Ziel der EZB-Zinserhöhung, nämlich die Eindämmung der Inflation (Abbildung 2). Vor allem zum Ende des zweiten Jahres nach der Zinserhöhung entwickelt sich die Inflation unterschiedlich.

Die Unterschiede zwischen den Gruppen bei Wirtschaftsleistung und Inflation entstehen allein dadurch, dass die nationale Finanzpolitik auf denselben geldpolitischen Impuls unterschiedlich reagiert. Damit hängt die Transmission der Geldpolitik im Euroraum nicht nur von der Struktur der Finanzmärkte, dem Anteil variabel verzinsten Kredite oder der Ausgestaltung der Arbeitsmärkte ab, die in der Literatur üblicherweise als Ursachen unterschiedlicher Zinswirkungen genannt werden, sondern in erheblichem Maße auch vom Verhalten der Finanzpolitik.

Deutschlands Kehrtwende verändert die Wirkung der EZB-Zinsen

Für Deutschland sind diese Ergebnisse aktuell relevant. Im Schätzzeitraum 1999 bis 2025 gehörte die Bundesrepublik

noch zu den Ländern, die auf höhere Zinsen mit Ausgabenzurückhaltung reagierten – ein Befund, der zur Schuldenbremse, zur „schwarzen Null“ der Jahre 2014 bis 2019 und zur langen Tradition haushaltspolitischer Konsolidierung passt. Eine Zinserhöhung der EZB schlug in Deutschland deshalb vergleichsweise stark auf die Realwirtschaft durch: Der geldpolitische Impuls wurde durch eine restriktive fiskalische Reaktion verstärkt.

Mit der Kehrtwende des Jahres 2025 dürfte sich dieser Zusammenhang ändern. Im März 2025 beschloss der Bundestag eine Grundgesetzänderung zur Reform der Schuldenbremse und machte damit den Weg für ein Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie durch die Ausnahme von der Schuldenregel auch für höhere Verteidigungsausgaben frei. Der Bund dürfte die steigende Zinslast und konjunkturbedingte Haushaltslücken künftig nicht mehr an anderer Stelle einsparen, sondern – wie in der Finanzplanung bis 2030 angelegt – über zusätzliche Kredite finanzieren und zugleich Investitionen und Verteidigungsausgaben kreditfinanziert ausweiten. Damit rückt Deutschland von der Gruppe der sparenden Länder in die Mitte oder sogar in die Gruppe der expansiv reagierenden Länder. Eine Zinserhöhung der EZB wird dann weniger stark auf das deutsche BIP durchschlagen, weil der fiskalische Verstärker entfällt.

Das ist nicht nur eine Angelegenheit, die die Wirtschaft in Deutschland beeinflusst. Deutschland erwirtschaftet rund ein Viertel der Wirtschaftsleistung des Euroraums. Ändert sich die deutsche Reaktion auf Zinserhöhungen, ändert sich auch die durchschnittliche Wirkung der EZB-Geldpolitik im gesamten Währungsraum. Ein Zinsschritt, der unter den fiskalpolitischen Bedingungen der vergangenen zwei Jahrzehnte eine bestimmte konjunkturelle Dämpfung – und damit einen bestimmten Rückgang der Inflation – erzeugt hätte, wird künftig schwächer wirken. Für die EZB bedeutet das in der aktuellen Lage: Um die durch den Iran-Krieg ausgelöste Inflation auf dasselbe Maß zu bremsen, könnte sie stärkere oder länger anhaltende Zinserhöhungen benötigen als in der Vergangenheit.¹⁰

Zugleich zeigen die Ergebnisse die Kehrseite: Die Länder, die unter dem Druck der reformierten europäischen Fiskalregeln oder der Finanzmärkte gezwungen sind, höhere Zinsausgaben und konjunkturbedingte Einnahmeausfälle durch Kürzungen zu kompensieren, tragen die höchsten realwirtschaftlichen Kosten der gemeinsamen Geldpolitik. Trifft eine Zinserhöhung einige Mitgliedstaaten deutlich härter als andere, wachsen die konjunkturellen Unterschiede innerhalb der Währungsunion – und mit ihnen die politischen Kosten der gemeinsamen Geldpolitik. Schon frühere DIW-Analysen haben gezeigt, dass die Stabilität des Euro nicht selbstverständlich ist, sondern davon abhängt, wie

Kosten und Nutzen der gemeinsamen Währung zwischen den Ländern verteilt sind.¹¹

Fazit: Die EZB muss die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten in ihr Kalkül einbeziehen

Zinserhöhungen der EZB sind nicht nur ein Instrument zur Bekämpfung der Inflation. Sie verteuern auch die Refinanzierung der Staaten, schmälern über die schwächere Konjunktur deren Steuereinnahmen und erhöhen die Transferausgaben. Damit lösen sie fiskalpolitische Anpassungen aus, die sich zwischen den Euroländern stark unterscheiden. Länder, die auf höhere Zinsen mit Ausgabenkürzungen reagieren – darunter Deutschland in der Vergangenheit, Italien und Griechenland –, verstärken den restriktiven Effekt der Geldpolitik und verlieren deutlich mehr Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig dämpft die Geldpolitik in diesen Ländern aber auch die Inflation stärker. Länder, die die Haushaltslücke vorübergehend über zusätzliche Schulden finanzieren – darunter Spanien, Belgien und Irland –, dämpfen den Rückgang der Wirtschaftsleistung, aber dafür die Inflation weniger. Derselbe Zinsschritt hat damit in verschiedenen Euroländern unterschiedlich starke realwirtschaftliche Folgen. Diese Unterschiede gehen nicht auf die Höhe der Schuldenstände zurück, sondern auf das Verhalten der nationalen Fiskalpolitik.

Für die EZB ergeben sich daraus zwei Konsequenzen. Erstens hängt die Wirkung ihrer Geldpolitik nicht allein von Banken, Finanzmärkten, Unternehmen und Haushalten ab, sondern auch von den Finanzministerien der Mitgliedstaaten. Die fiskalpolitische Kehrtwende in Deutschland wird die Transmission der Geldpolitik im größten Euroland verändern: Die Bremswirkung der Zinserhöhungen auf die Wirtschaftsleistung wird dort schwächer ausfallen als in der Vergangenheit. Gleichzeitig werden die Zinserhöhungen aber auch die Inflation nicht mehr so effektiv bremsen. In der aktuellen Inflationswelle kann das bedeuten, dass die EZB die Zinsen stärker anheben muss, als sie es auf Basis ihrer Erfahrungen aus den Jahren 2022 und 2023 erwarten würde.

Zweitens verteilen sich die Kosten der Inflationsbekämpfung ungleich über die Währungsunion, solange die Fiskalpolitik national bleibt. Eine engere Koordination von Geld- und Fiskalpolitik im Euroraum – bis hin zu einer Fiskalunion mit gemeinsamen sicheren Anleihen¹² – würde diese Abwägung erleichtern. Bis dahin gilt: Wer die Wirkung der EZB-Zinsen verstehen will, muss auch darauf schauen, wie die Mitgliedstaaten ihre Haushalte führen.

¹¹ Christian Bayer et al. (2023): Trotz Krisen: Die Stabilität des Euro liegt in der Mittelschicht begründet. DIW Wochenbericht Nr. 29, 401–406 (online verfügbar).

¹² Das DIW Berlin hat dies bereits in einer früheren Analyse empfohlen, vgl. Stephanie Ettmeier, Alexander Kriwoluzky und Fabian Seyrich (2021): Europa auf dem Weg zur Fiskalunion: Investitionen stärken statt Entschuldung vorantreiben. DIW aktuell Nr. 73 (online verfügbar).

¹⁰ Der Krieg mit dem Iran begann am 28. Februar 2026. Zur geldpolitischen Einordnung vgl. Europäische Zentralbank (2026), a. a. O.

Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin |
akriwoluzky@diw.de

Frederik Kurcz ist Doktorand in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin |
fkurcz@diw.de

JEL: C32, E52, E62, E63, H63

Keywords: Monetary policy, fiscal policy, monetary-fiscal interaction, public debt,
euro area, Bayesian VAR

© ⓘ Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 39–41/2026:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Frederik Kurcz, Doktorand in der Abteilung
Makroökonomie im DIW Berlin

„Die Wirkung der EZB-Geldpolitik hängt auch von der Fiskalpolitik der Euroländer ab“

1. **Herr Kurcz, wenn die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen erhöht, denken die meisten zunächst an teurere Kredite für Unternehmen und private Haushalte. Was aber bedeutet eine Zinserhöhung für den Staat und seinen Haushalt?** Eine Zinserhöhung trifft die Staatshaushalte gleich doppelt. Einerseits führen die höheren Zinsen zu höheren Refinanzierungskosten der Schulden, andererseits schwächt die Zinserhöhung die Konjunktur. Das führt zu niedrigeren Steuereinnahmen und auch zu höheren Ausgaben, zum Beispiel bei Transferleistungen.
2. **Welche Möglichkeiten haben die Staaten des Euroraums, auf solche Zinserhöhungen zu reagieren? Und inwieweit reagieren sie unterschiedlich?** Grundsätzlich können die Mitgliedstaaten die höheren Kosten über eine Schuldenaufnahme finanzieren oder sie können an anderer Stelle sparen. Wir stellen fest, dass Länder im Euroraum unterschiedlich auf diese Kosten reagieren. Zu der Gruppe an Ländern, die beim Staatskonsum und Investitionen spart, um den Haushalt ausgeglichen zu halten, gehören Deutschland, Griechenland, Italien, aber auch Malta, Slowenien, Estland und Zypern.
3. **Reagieren die höher verschuldeten Länder des Euroraums anders auf eine Zinserhöhung als die weniger verschuldeten Länder?** Hier finden wir keine Korrelation. Die hoch verschuldeten Länder im Euroraum reagieren nicht systematisch anders auf die Zinserhöhung als die Mitgliedsländer mit einer niedrigeren Verschuldung. Es kommt eher darauf an, wie ein Land seine Fiskalpolitik gestaltet.
4. **Wer verliert mehr Wirtschaftsleistung nach einer Zinserhöhung? Die Länder, die sparen, oder die Länder, die sich expansiv verhalten?** Die Länder, die sparen, erleben eine deutlich stärkere Konjunkturabschwächung, die auch länger anhält. Wenn Staaten die Kosten der Zinserhöhung über den Staatskonsum und Investitionen einsparen, sinkt die Nachfrage in der Volkswirtschaft weiter. Das führt zu einem niedrigeren privaten Konsum und geringeren Investitionen. Zusätzlich sind das auch die gleichen Staaten, die

dazu neigen, niedrigere Transferausgaben zu haben, was den privaten Konsum belastet.

5. **Welche Relevanz haben die Ergebnisse Ihrer Studie für die deutsche Fiskalpolitik?** Der neue expansive fiskalpolitische Kurs der Bundesregierung legt nahe, dass nach Zinserhöhungen zukünftig in Deutschland nicht mehr so gespart wird wie in der Vergangenheit. Unsere Ergebnisse zeigen einerseits, dass dann Zinserhöhungen die deutsche Konjunktur weniger abschwächen. Da aber Deutschland das größte Mitgliedsland des Euroraums ist, heißt das andererseits auch, dass die EZB die Zinsen womöglich stärker erhöhen muss als bisher, um die Inflation wirkungsvoll zu bekämpfen.
6. **Das heißt also, die fiskalpolitische Reaktion Deutschlands auf eine Erhöhung der Zinsen hat eine Rückwirkung auf die Geldpolitik der EZB?** Ganz genau. Die Wirkung ihrer Geldpolitik hängt nicht alleine von Banken, Finanzmärkten, Unternehmen oder Haushalten ab, sondern auch von den Finanzministerien der Mitgliedstaaten.
7. **Was bedeuten Ihre Ergebnisse für die künftige Ausgestaltung der EZB-Geldpolitik?** Für die EZB hat das zwei Folgen. Einerseits muss sie die Fiskalpolitik der Mitgliedsländer mehr in ihr Kalkül mit einbeziehen. Auf der anderen Seite führt Deutschlands expansivere Fiskalpolitik dazu, dass die Zinserhöhungen der EZB nun nicht mehr ganz so stark auf die Inflation durchschlagen wie bisher. Für die EZB könnte das zur Folge haben, dass sie künftig häufiger oder stärker die Zinsen erhöhen muss, um bei der Bekämpfung der Inflation den gleichen Effekt zu erzielen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



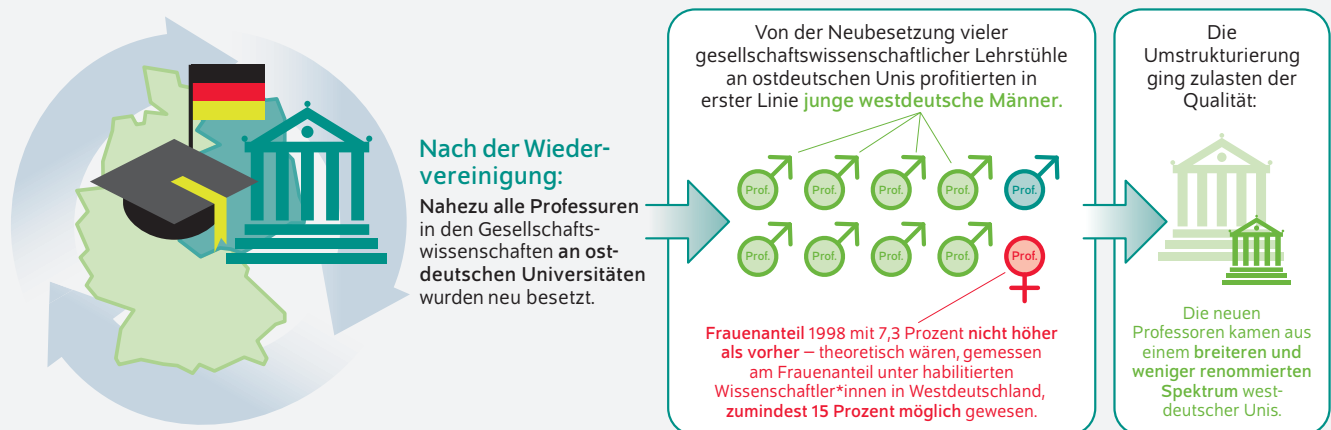
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Beispiel Wiedervereinigung zeigt: Hohe Arbeitskräftenachfrage erhöht Diversität nicht zwangsläufig

Von Anna Bindler, Barbara Boelmann, Lena Janys und Luisa H. Santiago Wolf

- Studie untersucht, ob eine plötzliche und unerwartet hohe Nachfrage nach Arbeitskräften die Diversität in der Arbeitnehmerschaft erhöhen kann
- Untersuchungsbeispiel ostdeutsche Universitäten nach der Wiedervereinigung: In den Gesellschaftswissenschaften wurden damals fast alle Professuren neu besetzt
- Ergebnisse zeigen: Stellen gingen überwiegend an jüngere Männer aus Westdeutschland, teils zulasten der Qualität in der Professorenschaft
- Marktkräfte allein reichen offenbar nicht aus, Diversität in der Arbeitnehmerschaft zu erhöhen, selbst wenn andernfalls Effizienzverluste drohen
- Zielgerichtete politische Maßnahmen nötig, um diversere Arbeitnehmerschaften zu erreichen – sie können auch ökonomisch sinnvoll sein, selbst wenn Diversität kein explizites Ziel ist

Eine unerwartet hohe Arbeitskräftenachfrage sorgt nicht für mehr Diversität in der Arbeitnehmerschaft – das zeigt das Beispiel gesellschaftlicher Professuren an ostdeutschen Unis nach der Wiedervereinigung



Quelle: Eigene Darstellung.

© CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Unsere Befunde deuten daraufhin, dass zielgerichtete Gleichstellungsmaßnahmen wie eine Geschlechterquote nicht nur gesellschaftlich, sondern auch ökonomisch sinnvoll sein können, selbst wenn Diversität für sich genommen kein klares politisches Ziel ist.“

— Anna Bindler —

DATEN

Für die Studie wurden Mikrodaten der **Personal- und Stellenstatistik des Statistischen Bundesamtes** für das Jahr 1998 genutzt. Darüber hinaus flossen unter anderem auch Informationen der **Deutschen Nationalbibliothek** zu Habilitationen an westdeutschen Unis in den Jahren 1987 bis 1991 ein.

Beispiel Wiedervereinigung zeigt: Hohe Arbeitskräftenachfrage erhöht Diversität nicht zwangsläufig

Von Anna Bindler, Barbara Boelmann, Lena Janys und Luisa H. Santiago Wolf

ABSTRACT

Infolge der deutschen Wiedervereinigung haben ostdeutsche Universitäten nahezu alle gesellschaftswissenschaftlichen Professuren neu besetzt. Die plötzliche und unerwartet hohe Nachfrage nach entsprechenden Wissenschaftler*innen war ein sogenannter positiver Arbeitsnachfrageschock. Dieser Wochenbericht untersucht, ob ein solcher „Schock“ die Diversität in der Arbeitnehmerschaft erhöht und wie sich die Qualität der Arbeitnehmerschaft potenziell verändert. Die deutsche Einheit wird dabei als natürliches Experiment genutzt. Als Vergleich zu den Gesellschaftswissenschaften dienen die sogenannten MINT-Fächer, die weit weniger stark von entsprechenden Umstrukturierungen betroffen waren. Der Frauenanteil unter den Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften ist demnach an ostdeutschen Unis trotz der starken Nachfrage eher zurückgegangen, während gleichzeitig die Auswahlstärke zumindest teilweise sank: Die Stellen gingen überwiegend an jüngere Männer aus Westdeutschland, die an einem breiteren Spektrum westdeutscher Universitäten habilitiert wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass Marktkräfte allein nicht zu mehr Diversität führen und dass dies mit Effizienzverlusten einhergehen kann. Die Befunde deuten darauf hin, dass zielgerichtete Gleichstellungsmaßnahmen nicht nur gesellschaftlich, sondern auch ökonomisch sinnvoll sein können, selbst wenn Diversität für sich genommen kein klares politisches Ziel ist.

Diversität auf dem Arbeitsmarkt ist ein wichtiges Thema im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Dies spiegelt sich unter anderem in verschiedenen, auf Diversität ausgerichteten Programmen sowie in zahlreichen Berichten zum Thema wider.¹ Seit einigen Jahren polarisiert die Debatte um Diversität aber mehr und mehr, entsprechende Programme – beispielsweise in Unternehmen – wurden teils gekürzt oder sogar eingestellt. So ist in den USA der Anteil großer, im Börsenindex S&P 500 gelisteter Unternehmen, die ihren Manager*innen finanzielle Anreize mit Blick auf Diversitäts- und Gleichstellungsziele geben, stark gesunken: von 52 Prozent im Jahr 2024 auf 22 Prozent im Jahr 2025.² Auch die Frage, ob Quoten ein sinnvolles politisches Instrument sind, wird kontrovers diskutiert: Hier trifft die Sichtweise, dass aufgrund des stagnierenden Fortschritts bei der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt politische Maßnahmen notwendig seien, auf die Ansicht, wonach sich letztlich immer die besten Kompetenzen und Qualifikationen durchsetzen und Eingriffe in den Arbeitsmarkt somit nicht nötig seien.³

Daraus folgt die Frage, wie sich Diversität in der Arbeitnehmerschaft allein aufgrund von Arbeitsmarktkräften verändert, und wie sich solche Veränderungen auf die Qualität der Arbeitnehmerschaft und deren Produktivität auswirken.⁴ Dieser Frage geht dieser Wochenbericht nach.⁵ Um sie kausal beantworten zu können, werden die Auswirkungen der

¹ Siehe zum Beispiel OECD (2020): All hands in? Making diversity work for all (online verfügbar, abgerufen am 9. September 2026). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

² Ross Kerber (2025): Under Pressure, U.S. companies back off DEI pay metrics. Reuters vom 9. Juli 2025 (online verfügbar).

³ Wissenschaftliche Studien zu dem Thema analysieren beispielsweise die Einführung von Quoten. Siehe unter anderem Kenneth Ahern und Amy Dittmar (2012): The changing of the boards: The impact on firm valuation of mandated female board representation. *The Quarterly Journal of Economics*, 127(1), 137–197 (online verfügbar); Giulia Ferrari et al. (2021): Do board gender quotas matter? Selection, performance, and stock market effects. *Management Science*, 68(8), 5618–5643 (online verfügbar); Ursina Schaefer und Ville Mankki (2026): Quota versus quality? Long-term gains from an unusual gender quota. *American Economic Review*, 116(6), 1996–2037 (online verfügbar).

⁴ Die Forschungsliteratur zu Fehlallokationen auf Arbeitsmärkten zeigt, dass eine fehlende Repräsentanz verschiedener Bevölkerungsgruppen zu gesellschaftlichen Kosten im Sinne von Wachstum, Firmensterblichkeit und -profitabilität sowie Innovationen führen kann. Für einen Überblick und Referenzen siehe auch: Anna Bindler et al. (2026): A missed opportunity? Labor demand and workforce diversity. DIW Discussion Paper Nr. 2169 (online verfügbar).

⁵ Dieser Wochenbericht beruht auf einem im Juli 2026 veröffentlichten DIW-Diskussionspapier, vgl. Bindler et al. (2026), a. a. O.

Wiedervereinigung Deutschlands auf den Arbeitsmarkt für Professor*innen untersucht. Die Wiedervereinigung ist in diesem Kontext ein einzigartiges, sogenanntes natürliches Experiment: Sie führte zu einer massiven Umstrukturierung der ostdeutschen Universitäten, im Zuge derer vor allem Professuren in den Gesellschaftswissenschaften weitgehend neu besetzt wurden. Das sorgte aus der Perspektive junger westdeutscher Wissenschaftler*innen kurzfristig und nicht vorhersehbar dafür, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften (Professor*innen) stark stieg. Die Effekte der Umstrukturierung auf die neue Zusammensetzung der Professorenschaft können anhand von Daten der Personal- und Stellenstatistik des Statistischen Bundesamts untersucht werden (Kasten 1).

Drei Szenarien infolge des Arbeitsnachfrageschocks denkbar

Ein einfaches ökonomisches Modell illustriert, wie sich die Arbeitsnachfrage auf die Diversität auf dem Arbeitsmarkt auswirken kann – insbesondere im Fall positiver Nachfrageschocks. Dabei handelt es sich um eine plötzlich und unerwartet auftretende, stark erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Ausgangspunkt eines solchen Modells ist eine Arbeitnehmerschaft, die sich aus Beschäftigten mit zwei Merkmalen zusammensetzt: einem demografischen Merkmal (zum Beispiel das Geschlecht) und der (wahrgenommenen) Qualifizierung (zum Beispiel der Bildungsabschluss).

Ein positiver Nachfrageschock auf einem spezifischen Arbeitsmarkt kann zu drei Szenarien führen: Im ersten Szenario bleibt die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft erhalten, neue Arbeitskräfte werden proportional zur alten Zusammensetzung rekrutiert. Falls dies nicht möglich ist, etwa weil es an Fachkräften mangelt, entsteht ein Trade-off: Soll die bestehende demografische Zusammensetzung erhalten bleiben, im Zweifel indem Qualitätsverluste in Kauf genommen werden? Oder steht die Zusammensetzung anhand der Qualifikationen, also die mit Blick auf Abschlüsse und Erfahrung bestmöglichen Arbeitnehmer*innen zu rekrutieren, im Vordergrund? Im zweiten Szenario wird dieser Trade-off zugunsten der bisherigen demografischen Zusammensetzung entschieden. Im dritten Szenario dagegen wird die durchschnittliche Qualifikation gehalten und eine Veränderung der bisherigen demografischen Zusammensetzung in Kauf genommen. Ist die Arbeitnehmerschaft anfangs homogen zusammengesetzt, erhöht dieses dritte Szenario ihre Diversität.

Welches dieser Szenarien eintritt, lässt sich theoretisch nicht eindeutig bestimmen. Daraus ergeben sich empirische Fragen, die dieser Wochenbericht untersucht.

Wiedervereinigung Deutschlands als positiver Nachfrageschock

Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurde das Hochschulsystem der ehemaligen DDR grundlegend reformiert und dem der Bundesrepublik angepasst. Ein zentraler Aspekt bei dieser Umstrukturierung war der Austausch

Kasten 1

Daten

Die Analyse stützt sich auf Daten der Personal- und Stellenstatistik des Statistischen Bundesamts. Die Mikrodaten wurden per On-site-Zugang statistisch verarbeitet. Die Personal- und Stellenstatistik ist eine jährliche, auf Verwaltungsdaten der Hochschulen beruhende Statistik zum Personalbestand sowie besetzten und offenen Stellen für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal. Die Analyse nutzt Daten für das Erhebungsjahr 1998 (das erste in den Daten verfügbare Jahr) und fokussiert sich auf die Gruppe der Professor*innen.

Neben demografischen Informationen (Geschlecht, Geburtsjahr) enthält die Statistik Angaben zu Qualifikation und Werdegang (Fachbereich, Habilitation, Jahr der Erstberufung) sowie zur derzeitigen Beschäftigung (Universität, Gehaltskategorie).

wissenschaftlichen Personals, insbesondere der Professorenschaft. Anhand sogenannter Integritätsprüfungen wurde wissenschaftliches Personal auf seine wissenschaftliche Eignung, aber auch hinsichtlich seiner politischen und ideologischen Vergangenheit überprüft. Die Transformation ostdeutscher Universitäten anhand dieser und weiterer Umstrukturierungen führte dazu, dass die meisten Professuren neu besetzt wurden. Die Zahl der Professor*innen blieb dabei insgesamt mehr oder weniger konstant. Umstrukturierungen und Neubesetzungen waren im Wesentlichen etwa Mitte der 1990er Jahre abgeschlossen.⁶

Gesellschaftswissenschaften und MINT-Fächer im Fokus

In den Gesellschaftswissenschaften (vor allem Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften) führte die Transformation aufgrund der ideologischen Nähe der Fächer zum DDR-System dazu, dass mit Ausnahme eines geringen Prozentsatzes alle Professuren neu besetzt wurden. Die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), die allgemein als nichtideologisch betrachtet wurden, waren hingegen kaum betroffen.

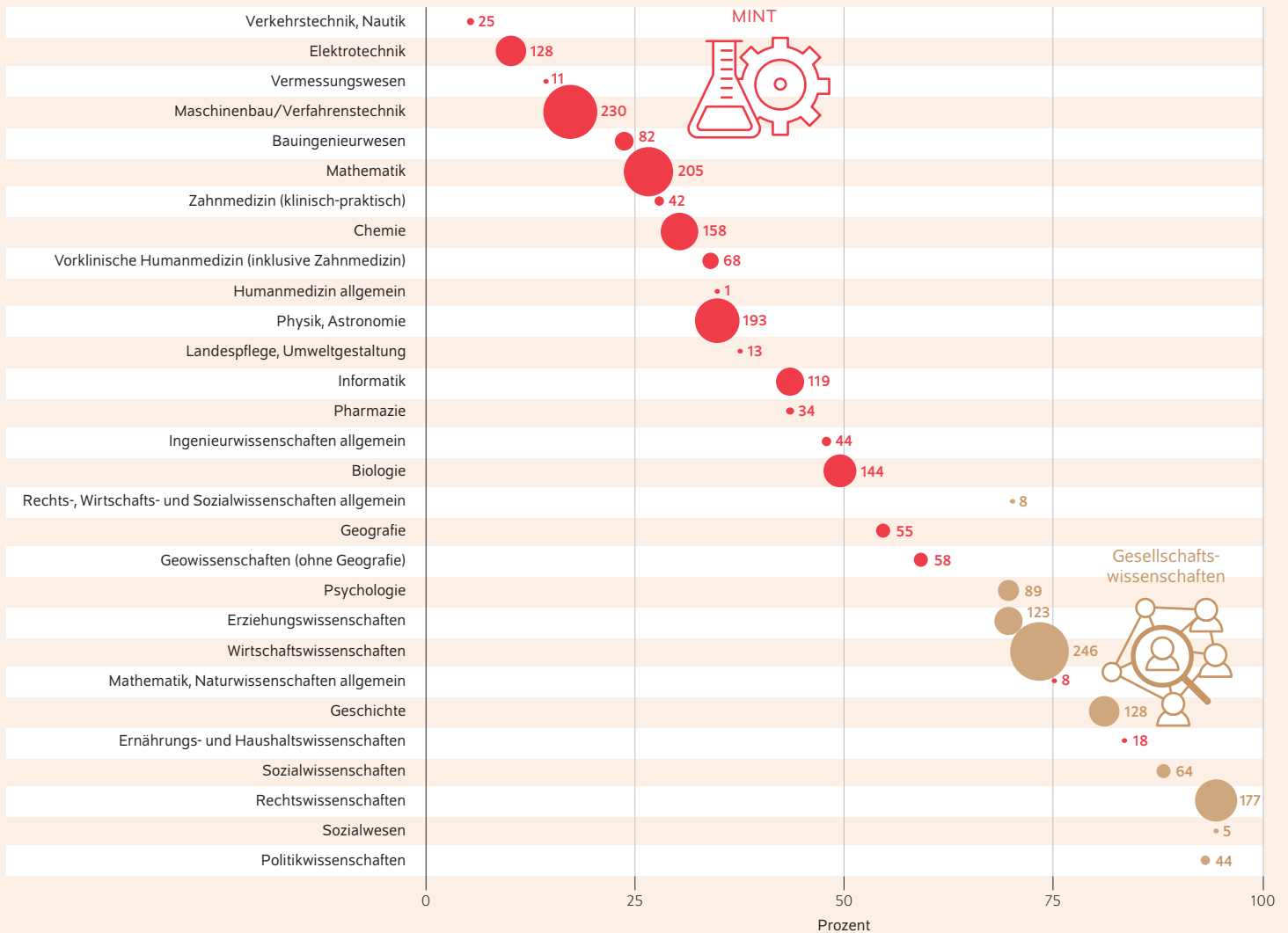
Die Transformation nach der Wiedervereinigung ließ die Nachfrage nach Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften unerwartet steigen. Die MINT-Fächer bilden eine klar definierbare Kontrollgruppe. Der akademische Arbeitsmarkt ist besonders interessant, da das Arbeitsangebot (Bewerber*innen für Professuren) dort grundsätzlich die Arbeitsnachfrage (offene Professuren) übersteigt.

⁶ Für eine detailliertere Beschreibung und Referenzen vgl. Bindler et al. (2026), a. a. O.

Abbildung 1

Professor*innen an ostdeutschen Universitäten im Jahr 1998 mit Habilitation in Westdeutschland

Anteile in Prozent, Anzahl der Professor*innen (farbig)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Personal- und Stellenstatistik für das Jahr 1998; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Die neuen Professuren in den Gesellschaftswissenschaften wurden vor allem mit Professor*innen, die an westdeutschen Universitäten habilitiert wurden, besetzt.

**Neue Professor*innen an ostdeutschen Unis:
Überwiegend westdeutsch und eher jung**

Anhand von Daten der Personal- und Stellenstatistik des Statistischen Bundesamtes (Kasten 1) kann untersucht werden, wer die neuen Professor*innen waren. Von dem Nachfrageschock durch die Umstrukturierungen profitierten vor allem jüngere Wissenschaftler*innen aus Westdeutschland: Im Jahr 1998, dem Beobachtungsjahr dieser Studie, waren im Durchschnitt fast 80 Prozent der an ostdeutschen Universitäten tätigen Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften an westdeutschen Universitäten habilitiert worden. In den MINT-Fächern belief sich dieser Anteil hingegen in vielen Fällen nur auf knapp ein Drittel (Abbildung 1).

Gleichzeitig zeigen sich signifikante Altersunterschiede: Während das durchschnittliche Alter von Professor*innen an westdeutschen Universitäten 1998 knapp 55 Jahre betrug und sich kaum zwischen Gesellschaftswissenschaften und MINT-Fächern unterschied, waren Professor*innen an ostdeutschen Universitäten jünger: Ihr Alter lag im Durchschnitt bei 52,4 Jahren in MINT-Fächern und bei knapp unter 50 Jahren in den neu besetzten Gesellschaftswissenschaften (Abbildung 2).

Diese Unterschiede spiegeln die Transformation der ostdeutschen Universitäten wider: Sie besetzten die durch die Umstrukturierungen frei gewordenen Professuren vor allem mit jüngeren (Nachwuchs-)Wissenschaftler*innen aus Westdeutschland.

Diversität nicht gestiegen, Qualität gesunken

Ob und wie diese Prozesse – kausal, also direkt ursächlich – zu Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft geführt haben, lässt sich empirisch untersuchen. Im Hinblick auf die zwei Merkmalsdimensionen analysiert dieser Wochenbericht Veränderungen der Geschlechterzusammensetzung sowie der habilitationsgebenden Universitäten als Qualitätsmerkmal. Die ökonometrischen Analysen beruhen auf einem Schätzansatz, der die Zusammensetzung der Professorenschaft in den Gesellschaftswissenschaften mit der in den MINT-Fächern als Kontrollgruppe vergleicht und dabei sowohl zeitkonstante Unterschiede zwischen beiden Fächergruppen als auch generelle Ost-West-Unterschiede herausrechnet (Kasten 2).

Akademische Herkunft der neuen Professor*innen breiter gestreut

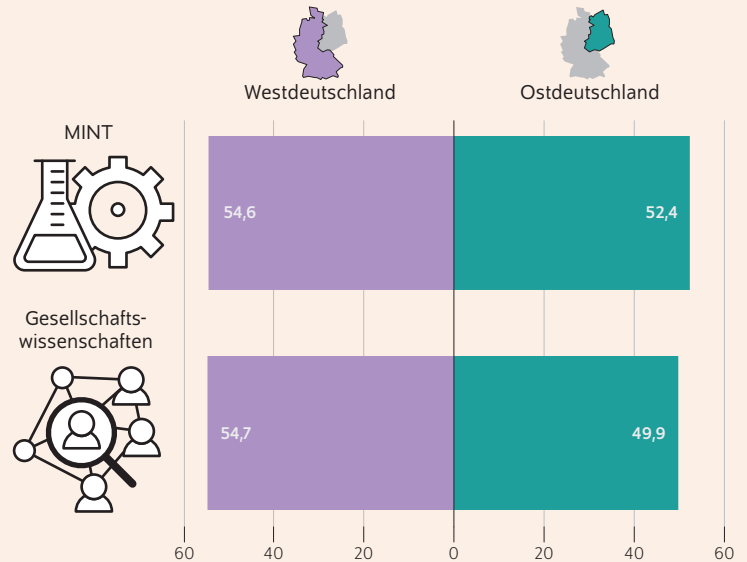
Als Qualitätsmerkmal der neuen Professor*innen werden die habilitationsgebenden Universitäten herangezogen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass Habilitationsstellen sowie Professuren anhand des Prinzips der Bestenauslese besetzt wurden und die Institution der Habilitation ein starkes Signal ist, was die Qualität der Bewerber*innen auf Professuren betrifft. Anhand der Information zu den Habilitationsinstitutionen kann ein Streuungsmaß erstellt werden, das die Konzentration auf einzelne Institutionen im Gegensatz zu einer Streuung auf ein breites Spektrum an Universitäten misst (Kasten 2). Eine starke Konzentration bedeutet dabei, dass viele Professor*innen eines Fachbereichs von wenigen ausgewählten Universitäten kommen. Eine breitere Streuung bedeutet dagegen, dass die verschiedenen Professor*innen zuvor an vielen unterschiedlichen Universitäten tätig waren.

In Westdeutschland lagen die Werte des Streuungsmaßes sowohl in den Gesellschaftswissenschaften als auch in den MINT-Fächern im Jahr 1998 bei rund 3,4. In Ostdeutschland betrug der Wert in den MINT-Fächern gut 2,8 und in den Gesellschaftswissenschaften rund 3,4 (Abbildung 3). Weitergehende Regressionanalysen bestätigen diesen Unterschied und zeigen eine im statistischen Sinne signifikante und um 0,44 Indexpunkte höhere Streuung in den ostdeutschen Gesellschaftswissenschaften im Vergleich zu den MINT-Fächern (ohne Abbildung).

Dieser Unterschied setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Ostdeutsche MINT-Professor*innen wurden überwiegend noch an den (im Vergleich zum Westen) wenigen ostdeutschen Universitäten habilitiert, während die neuen Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften aus dem im Vergleich viel größeren westdeutschen Spektrum kamen. Dadurch entstand eine höhere Streuung in den Gesellschaftswissenschaften. Vergleicht man die neuen Professor*innen alternativ direkt mit einer zufälligen, gleich großen Stichprobe aus den westdeutschen Universitäten, verbleibt rund ein Viertel des ursprünglichen Unterschieds. Insgesamt bedeutet das: Die neuen Professor*innen kamen

Abbildung 2

Durchschnittliches Alter der Professor*innen im Jahr 1998 In Jahren



Quellen: Statistisches Bundesamt, Personal- und Stellenstatistik für das Jahr 1998; eigene Berechnungen.

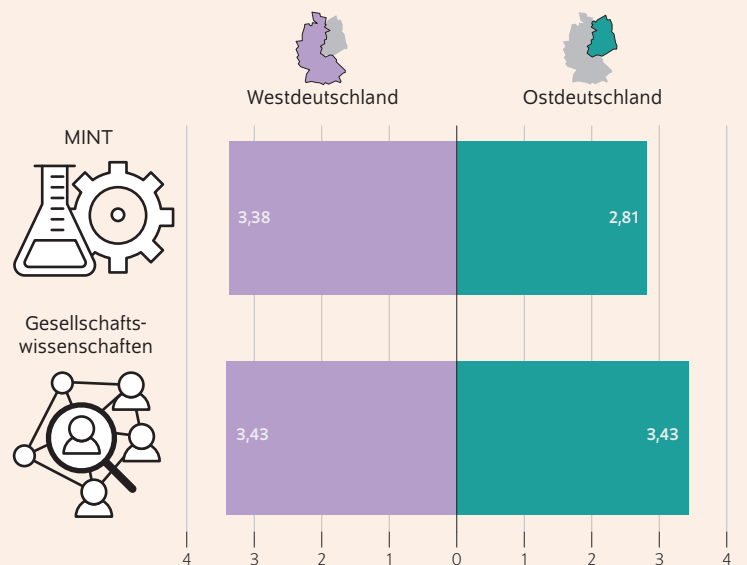
© CC BY 4.0

Nach den Umstrukturierungen waren Altersunterschiede zwischen Ost und West im Jahr 1998 vor allem in den Gesellschaftswissenschaften sichtbar.

Abbildung 3

Streuung der habilitationsgebenden Universitäten bei Professor*innen im Jahr 1998

Index auf einer Skala von 0 aufwärts



Legende: Je höher der Wert, desto größer die Streuung, also das Spektrum der verschiedenen habilitationsgebenden Universitäten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Personal- und Stellenstatistik für das Jahr 1998; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

In den Gesellschaftswissenschaften kamen die Professor*innen in Ostdeutschland 1998 von einer größeren Zahl verschiedener Unis als in den MINT-Fächern.

Kasten 2

Methodik

Die Regressionsanalysen beruhen auf einem TWFE-Ansatz (Two-Way Fixed Effects) mit fixen Effekten für Fächer und Region (Ost/West). Die zentrale erklärende Variable ist eine Interaktion von Fachbereich (Gesellschaftswissenschaften versus MINT-Fächer) und Region (Ost versus West). Die abhängigen Variablen sind Geschlecht (binäre Variable) als demografisches Merkmal und ein Streuungsmaß für habilitationsgebende Universitäten (Entropie-Index; kontinuierliche Variable zwischen 0 und unendlich) als qualitätsrelevantes Merkmal. Um zu bestimmen, zu welchem Grad Unterschiede in der Streuung mit einem breiteren Spektrum möglicher Universitäten (in Ost- und Westdeutschland) oder mit einer veränderten Selektion zu erklären sind, wird dieser Wert zusätzlich mit dem erwarteten Wert einer zufälligen, gleich großen Stichprobe entsprechender westdeutscher Professor*innen verglichen.

Die Schätzmethode (TWFE) vergleicht die Zusammensetzung der Professorenschaft an ostdeutschen Universitäten in den Gesellschaftswissenschaften (Behandlungsgruppe) mit den MINT-Fächern (Kontrollgruppe) hinsichtlich der zwei Merkmale. Dieser Vergleich wird zur Differenz zwischen den Gesellschaftswissenschaften und MINT-Fächern an westdeutschen Universitäten in

Relation gesetzt, um ihn um unabhängig von den Umstrukturierungen existierende Unterschiede zu bereinigen.

Die Simulationsanalyse wurde in mehreren Schritten durchgeführt. Im ersten Schritt wurde anhand von Daten der Deutschen Nationalbibliothek die Anzahl von Habilitand*innen in den Gesellschaftswissenschaften an westdeutschen Universitäten in den Jahren 1987 bis 1991 erfasst (990 Frauen, 4 377 Männer). Dabei wird implizit davon ausgegangen, dass die Besetzungen fachspezifisch und nicht fachfremd erfolgten. Im zweiten Schritt wurde anhand von Simulationen ein Qualitätsmaß generiert und den hypothetischen Bewerber*innen zugewiesen. Diese Zuweisung wurde unter wechselnden Annahmen hinsichtlich der Qualitätsverteilung bei Bewerber*innen vorgenommen. Im dritten Schritt wurde für das jeweilige Szenario (mit seinen entsprechenden Annahmen) der Schwellenwert im Qualitätsmaß für die letzte erfolgreiche Bewerberin und den letzten erfolgreichen Bewerber ermittelt. Dafür wurden die hypothetischen Bewerber*innen jeweils anhand des Qualitätsmaßes in einer Rangliste aufgeführt und der Schwellenwert anhand der Anzahl tatsächlich neu besetzter Professuren bestimmt.

aus einem größeren Kreis westdeutscher Universitäten – und dieser Effekt war nur teilweise „mechanisch“ auf ein breiteres Spektrum an Herkunftsuniversitäten zurückzuführen.

Da der Großteil der neuen Professor*innen an westdeutschen Universitäten habilitiert wurde, lässt sich die (leicht, aber statistisch signifikant) gestiegene Streuung als Zeichen einer weniger selektiven Auswahl interpretieren: Die kurzfristig gestiegene Nachfrage nach Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften führte dazu, dass Bewerber*innen von mehr Universitäten und damit einhergehend auch von weniger renommierten Universitäten als zuvor ausgewählt wurden. Eine solche Veränderung hin zu einer weniger selektiven Auswahl hätte nicht zwangsläufig der Fall sein müssen: zum Beispiel, wenn die neuen Professuren mit Bewerber*innen von weniger verschiedenen westdeutschen Universitäten, aber aus anderen Bevölkerungsgruppen (etwa nach dem Geschlecht) besetzt worden wären.

Frauenanteil tendenziell rückläufig

Die Geschlechterzusammensetzung wird anhand des Frauenanteils unter den neuen Professor*innen untersucht. An Universitäten in Westdeutschland lag der Frauenanteil unter Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften im Jahr 1998 bei 6,7 Prozent und unter Professor*innen in den MINT-Fächern bei 4,2 Prozent (Abbildung 4). An Universitäten in Ostdeutschland war der Frauenanteil in der Professorenschaft jeweils höher, was zu historisch gewachsenen Unterschieden in der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und sozialen Normen passt. In den MINT-Fächern

lag er 1998 mit rund sechs Prozent etwa 1,8 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. In den von den Umstrukturierungen betroffenen Gesellschaftswissenschaften war der Unterschied im Frauenanteil mit 0,6 Prozentpunkten – also einem Anteil von 7,3 im Vergleich zu 6,7 Prozent – aber deutlich kleiner. Das bedeutet, dass der Ost-West-Unterschied in den Gesellschaftswissenschaften verglichen mit den weniger bis gar nicht von Umstrukturierungen betroffenen MINT-Fächern um 1,2 Prozentpunkte niedriger lag.⁷

Weitergehende Regressionsanalysen zeigen, dass der geschätzte Koeffizient dem Wert des deskriptiven Vergleichs ähnelt, aber nicht statistisch signifikant ist (ohne Abbildung). Der Frauenanteil unter Professor*innen in den Gesellschaftswissenschaften an ostdeutschen Universitäten stagnierte mit der Umstrukturierung also höchstens; die Ergebnisse deuten aber eher auf einen Rückgang hin. Dass ein Großteil der Professuren mit Wissenschaftler*innen aus Westdeutschland besetzt wurde, kann diese Entwicklung teilweise erklären: Hier war der Frauenanteil historisch gesehen niedriger.⁸

Tatsächlich wäre ein höherer Frauenanteil unter den Professor*innen an ostdeutschen Universitäten möglich gewesen:

⁷ Die zugrundeliegende Studie leitet einen Vergleichswert von plus 3,8 Prozentpunkten statt –1,2 Prozentpunkten her. Dafür wurden historische Werte des Frauenanteils unter Professor*innen der DDR genutzt und projiziert, hätten die Umstrukturierungen nicht stattgefunden. Vgl. Bindler et al. (2026), a. a. O.

⁸ Die Schlussfolgerungen ändern sich nicht, wenn zusätzliche fixe Effekte oder Kontrollvariablen in die Regressionen aufgenommen werden, vgl. Bindler et al. (2026), a. a. O.

Wären die Professuren in den Gesellschaftswissenschaften proportional zum Frauenanteil unter den zu der Zeit habilitierten Wissenschaftler*innen in Westdeutschland, die bis dato noch keine Professur innehatten, besetzt worden, hätte sich hypothetisch ein Frauenanteil von rund 15 statt 7,3 Prozent ergeben.

Qualifikationshürden waren für Bewerberinnen deutlich höher

Wenn man dies mit den bisherigen Ergebnissen in Verbindung bringt, ergibt sich ein Bild, das dem theoretisch hergeleiteten zweiten Szenario entspricht: Die Geschlechterzusammensetzung blieb gleich oder verschob sich zulasten der Frauen, während die durchschnittliche Qualifizierung leicht sank. Für die neu zu besetzenden Professuren wurden vor allem (jüngere) Männer aus Westdeutschland ausgewählt und dabei Qualifikationen von teilweise weniger renommierten Universitäten akzeptiert. Ob dies aus gesellschaftlicher Sicht ein Problem darstellt oder nicht, hängt von den damit einhergehenden gesellschaftlichen Kosten ab. Diese sind empirisch sehr schwer zu erfassen. Die zugrunde liegende Studie orientiert sich daher an einer Simulation verschiedener Szenarien (Kasten 2).⁹ Dabei werden unter verschiedenen Annahmen unterschiedliche „Was-wäre-wenn“-Szenarien simuliert und berechnet.

Nimmt man an, dass die Qualität unter den damaligen Bewerber*innen gleich verteilt war, deuten die Daten darauf hin, dass die Qualität des letzten noch erfolgreichen männlichen Bewerbers 0,5 Standardabweichungen unter derjenigen der letzten noch erfolgreichen weiblichen Bewerberin lag. Anders ausgedrückt: Die Qualifikationshürde für Bewerber war um rund 27 Prozent niedriger als die für Bewerberinnen. Nimmt man stattdessen an, dass Bewerberinnen positiv selektiert waren, sich also nur die bestqualifizierten Wissenschaftlerinnen auf Professuren beworben hatten, während andere die Wissenschaft bereits vorher verließen, betrug der Unterschied sogar 1,2 Standardabweichungen oder rund 54 Prozent.

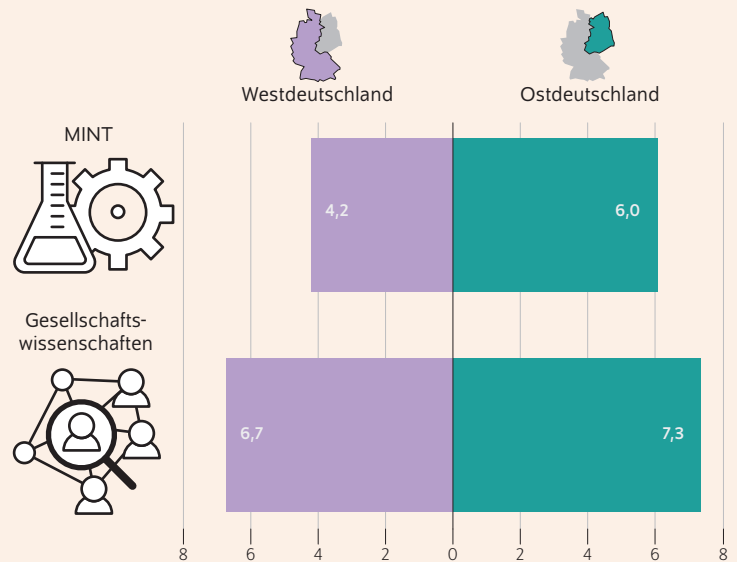
Die Simulationen beruhen auf hypothetischen Szenarien, um die Muster in den beobachteten Daten zu erklären. Die Ergebnisse sollten dementsprechend vorsichtig interpretiert werden, lassen aber den Schluss zu, dass vorhandene Potenziale nicht ausgeschöpft wurden und dadurch Verluste entstanden sind.¹⁰

Fazit: Marktkräfte allein können systemische Hürden nicht überwinden

Die in diesem Wochenbericht beschriebenen Befunde sprechen dafür, dass eine unerwartet und plötzlich steigende Arbeitsnachfrage nicht zwangsläufig zu mehr Diversität in der Arbeitnehmerschaft führt. Im Gegenteil: Die Ergebnisse

Abbildung 4

Frauenanteil unter Professor*innen im Jahr 1998 In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Personal- und Stellenstatistik für das Jahr 1998; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

In den Gesellschaftswissenschaften war der Frauenanteil nach den Umstrukturierungen in Ostdeutschland etwa mit dem in Westdeutschland vergleichbar.

sind konsistent mit einem theoretischen Szenario, in dem die demografische Zusammensetzung konstant gehalten wird – auch wenn dies zu Verlusten durch entgangene Potenziale in der Arbeitnehmerschaft führt. Die Resultate können als Marktversagen interpretiert werden: In dem hier untersuchten Fall (in dem keine zielgerichteten Diversitätsprogramme existierten) reichen Marktkräfte allein nicht aus, um fehlende Diversität in der Arbeitnehmerschaft zu überwinden – selbst, wenn dadurch Effizienzverluste entstehen.

Zwar kann in diesem Wochenbericht und der zugrunde liegenden Studie nicht eindeutig geklärt werden, ob die empirischen Befunde von der Arbeitsnachfrageseite (zum Beispiel durch Diskriminierung im Bewerbungs- und Selektionsverfahren), seitens des Arbeitsangebots (zum Beispiel weil Bewerberinnen im Vergleich zu Bewerbern weniger mobil sind) oder von beiden Seiten begünstigt werden. Dafür braucht es weitere Analysen. Trotzdem beleuchten die Ergebnisse ein strukturelles Problem, das zu Produktivitätsverlusten (in diesem Beispiel im universitären Sektor) führt.

Dieses Ergebnis eröffnet eine neue Perspektive für die derzeitige politische Debatte: Einerseits bedeutet es, dass sehr wahrscheinlich zielgerichtete Politikmaßnahmen notwendig sind, wenn Diversität in der Arbeitnehmerschaft und damit gesellschaftliche Gleichstellung ein politisches Ziel sind. Andererseits bedeutet es auch, dass solche Maßnahmen gesellschaftlich und ökonomisch sinnvoll sein können, selbst wenn Diversität an sich kein klar vorgegebenes Ziel ist.

⁹ Bindler et al. (2026), a. a. O.

¹⁰ Weitere gesellschaftliche Kosten, beispielsweise ausbleibende Vorbilder und deren Konsequenzen, sind dabei noch nicht einbezogen.

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin und Professorin für Angewandte Mikroökonomie an der Universität Potsdam | abindler@diw.de

Barbara Boelmann ist Postdoktorandin an der Universität zu Köln und Wissenschaftlerin am Forschungsdatenzentrum Ruhr des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung | barbara.boelmann@uni-koeln.de

Lena Janys ist Professorin für Ökonometrie an der Universität Konstanz | lena.janys@uni-konstanz.de

Luisa H. Santiago Wolf ist Doktorandin an der Universität zu Köln und assoziierte Doktorandin in der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin | santiago-wolf@wiso.uni-koeln.de

JEL: I23, J23, J45, J70, J82, N34

Keywords: Labor demand, diversity, higher education, universities

©  Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

SOEP Papers Nr. 1241

2026 | Laszlo Goerke, Markus M. Grabka, Viola Hilbert, Yue Huang



Industrial Relations and Working from Home in Germany during the COVID-19 Pandemic

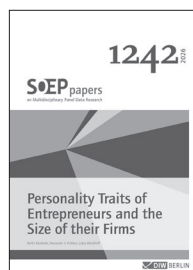
We investigate the role of industrial relations for working from home during and after the COVID-19 pandemic in Germany. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) for the years 2020 to 2023 and a special COVID sample (SOEP-CoV) for 2020 and 2021, we examine how collective bargaining and plant-level co-determination are associated with the incidence and frequency of working from home. Controlling for worker, firm, occupation, and industry characteristics, we find that employees covered by a collective bargaining agreement are less likely to work from home and do so less frequently than uncovered employees. In contrast, the incidence and frequency of working from home are positively associated with the presence of a works council.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1242

2026 | Berfin Kardaslar, Alexander S. Kritikos, Lukas Menkhoff



Personality Traits of Entrepreneurs and the Size of their Firms

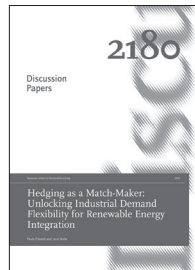
In this study, we examine the relationship between personality traits, captured by risk tolerance and the Big Five traits, and firm size, as measured by the number of employees. We show that the personality of entrepreneurs matters for the size of their firm they operate. We use a novel add-on to the German Socio-Economic Panel that includes a sub-sample of owner-managers running larger firms. High levels of risk tolerance – associated with an increased likelihood of firm exit in existing research – is positively associated with firm size for entrepreneurs in the market. High scores in extraversion are also associated with larger firms. However, a high level of openness for experience, a main driver of founding ventures, is negatively related to firm size. Overall, we show that running larger firms is associated with traits that are partially different from those that increase the likelihood of entrepreneurial entry or survival.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2180

2026 | Paula Prakash, Leon Stolle



Hedging as a Match-Maker: Unlocking Industrial Demand Flexibility for Renewable Energy Integration

We analyze how long-term electricity hedging design affects industrial investments in load-shifting capacity. These investments enable flexible electricity consumption and play a crucial role in integrating variable renewable energy. We develop a theoretical model of flexibility investment by a risk-averse industrial firm facing uncertainty about renewable generation and electricity prices. We compare a conventional baseload hedge with a renewable energy profile (REP) hedge, a hedge with a fixed price but varying quantity proportional to renewable generation. The key difference is the consumer's risk exposure

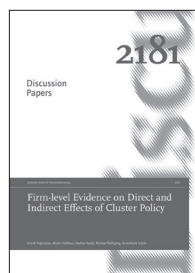
and how it affects flexibility investment. Under the baseload hedge, flexibility provides an uncertain arbitrage value from shifting consumption across hours, so risk aversion reduces investment. Under the REP hedge, flexibility acts as a physical hedge against renewable profile risk by aligning the firm's consumption with the contracted profile. This insurance value can increase flexibility investment under risk aversion. Numerical simulations illustrate the mechanism for realistic hourly price and renewable generation profiles. We further show that the REP hedge can reduce risk-adjusted total costs for flexible firms once baseload contract prices reflect observed profile risk premia. The results identify long-term hedging design as a potential channel to unlock industrial demand-side flexibility.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2181

2026 | Knarik Poghosyan, Martin Kalthaus, Nadine Riedel, Michael Rothgang, Anne-Marie Scholz



Firm-level Evidence on Direct and Indirect Effects of Cluster Policy

We estimate the direct and indirect causal effects of Germany's Leading-Edge Cluster Competition on firm size, inventive activity, and joint patenting. With €600 million allocated to 15 clusters, this program is one of the largest cluster policy programs in Europe. Using a staggered event-study design, we estimate the direct effect of the cluster policy on firms within the funded clusters. Additionally, we differentiate between funded and non-funded cluster members to assess the effects of the financial and the systemic components of the policy. Furthermore, we estimate the indirect spillover effect of this program on firms in close proximity to the funded clusters that are not associated with them. Our results show

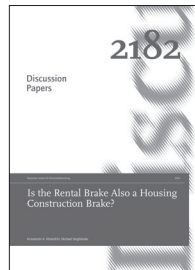
that the cluster policy has a direct overall positive effect on firm size and inventive activity, but a negative effect on collaboration in inventive activity. Differentiating between funded and nonfunded cluster members reveals that the latter benefit strongly from the systemic component of the cluster policy, increasing their inventive activity while having no significant effect on collaboration. In contrast, we do not observe any indirect effects on geographically proximate non-cluster firms. Our results provide causal evidence of the direct benefits of cluster policy at the firm level but call into question the anticipated indirect effects of cluster policy on neighboring non-cluster firms.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2182

2026 | Konstantin A. Kholodilin, Michael Voigtländer



Is the Rental Brake Also a Housing Construction Brake?

This study investigates the causal effect of Germany's second-generation rent control policy — the Mietpreisbremse (rental brake) — on residential housing construction. Using administrative data covering nearly 11,000 German municipalities from 2010 to 2024, we employ staggered difference-in-differences estimators to address methodological biases of conventional two-way fixed effects models in settings with staggered treatment adoption. Our analysis examines multiple outcomes: total housing completions, completions of dwellings in multi-family houses (a proxy for rental housing supply), completions per capita, and net completions per housing stock. Results show that the rental brake has a statistical-

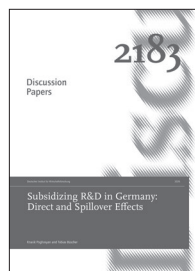
ly significant negative impact on housing construction, with stronger effects for multi-family dwellings. These findings remain robust to excluding major metropolitan areas, smaller municipalities, and municipalities with high homeownership rates, and persist even when the analysis is restricted to neighboring municipalities. This study contributes to the international literature on rent regulation by providing causal evidence from Germany's staggered policy rollout, suggesting that even second-generation rent controls — which explicitly exempt new construction — can dampen housing supply. This likely occurs through increased regulatory uncertainty, higher risk premia demanded by investors, and reduced rental revenues available to finance residential investment.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2183

2026 | Knarik Poghosyan, Tobias Büscher



Subsidizing R&D in Germany: Direct and Spillover Effects

This study estimates the effects of research and development (R&D) funding on firm performance and innovation activity in Germany for the period of 2000 to 2020. Since R&D collaborations between funded and non-funded firms can lead to positive externalities, our study accounts not only for the direct effects of the policy on funded firms but also for indirect (spillover) effects on non-funded firms. We use multiple databases (DAFNE, PATSTAT, Förderkatalog) and conduct empirical estimations on both firm and cluster levels. Our findings suggest that, in general, R&D funding has a positive impact on both funded and non-funded firms, which varies with the share of funded firms in the cluster. Interestingly,

the indirect impact on innovation is larger than the direct impact. The latter finding points out the advantages of this broad type of R&D funding (no sectoral or regional concentration) in enforcing innovation spillovers, but also highlights its limitation in generating stronger direct effects.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





MARCEL FRATZSCHER

Die Macht über Künstliche Intelligenz gehört nicht in private Hände

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Künstliche Intelligenz (KI) kann die Welt zum Besseren verändern und ist gleichzeitig dabei, zur existenziellen Bedrohung zu werden. Die derzeit kursierenden Vorschläge, diese Gefahr zu reduzieren, sind völlig unzureichend. Selbst Wirtschaftswissenschaftler wie der US-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz setzen mit ihrer „progressiven KI-Agenda“ auf klassische Instrumente der Ökonomie. Doch genau diese könnten sich bei hochentwickelter KI als kontraproduktiv erweisen.

Diese „progressive KI-Agenda“ enthält im Kern drei Elemente: mehr Wettbewerb, stärkere Umverteilung der durch KI entstehenden Gewinne über höhere Steuern und Transferzahlungen und, was ebenfalls der klassischen Lehre der Ökonomie folgt: bessere Regulierung, klar definierte Eigentumsrechte und staatliche Regeln, um Marktmissbrauch zu verhindern.

Das Kernproblem ist aber nicht zu wenig Wettbewerb, sondern zu viel Wettbewerb um immer mächtigere und autonome Systeme. Die Gewinne werden privatisiert, die existenziellen Risiken sozialisiert. Genauso wie bei Atomwaffen wollen wir keinen privaten Wettlauf um Technologien, die die Existenz der Menschheit gefährden. Was wir wollen, ist der Wettbewerb um KI für Klimaschutz, Medizin oder Produktivität. Die Schwierigkeit liegt darin, zwischen gutem und gefährlichem Nutzen zu unterscheiden. Wir sollten nicht einigen wenigen Unternehmen die Macht geben, für Milliarden Menschen darüber zu entscheiden, welche Risiken akzeptabel sind.

Auch die Regulierung privater Unternehmen durch den Staat ist dafür unzureichend. Niemand würde private Unternehmen Atomwaffen entwickeln lassen und anschließend darauf vertrauen, dass der Staat die Risiken schon richtig reguliert. Regulierung funktioniert zudem nur, wenn der Regulierer die Risiken beobachten und rechtzeitig eingreifen kann. Genau das ist bei KI nicht gewährleistet. Die Unternehmen kennen ihre Systeme besser als Behörden und entwickeln sie schneller, als Regeln angepasst werden können. Auch Haftung kann dieses Marktversagen nicht lösen. Kein KI-Unternehmen kann für Schäden haften, die seinen eigenen Wert um ein Vielfaches übersteigen.

Deshalb braucht eine Sicherheitsagenda öffentliche Kontrolle über Unternehmen, die die leistungsfähigsten Modelle entwickeln. Kein privater Unternehmer sollte das Recht haben, Risiken einzugehen, deren mögliche Kosten die gesamte Menschheit trägt. Wer die mächtigsten KI-Systeme besitzt, besitzt damit zunehmend auch die Macht zu entscheiden, welche Risiken eingegangen werden. Dies heißt nicht, dass der Staat KI-Unternehmen selbst führen sollte. Staatseigentum kann Innovation bremsen. Deshalb sind Modelle öffentlich-privater Partnerschaften eine kluge Antwort: ein hybrides Eigentums- und Kontrollmodell mit privater Innovation und Wettbewerb, aber gesellschaftlicher Kontrolle über kritische Inputs und Sicherheitsstandards.

Die ultimative Kontrolle muss bei öffentlichen Institutionen liegen. Das löst das technische Sicherheitsproblem nicht, entschärft aber den Interessenkonflikt und ermöglicht es hoffentlich, rechtzeitig die Notbremse zu ziehen. Diese Kontrolle muss international koordiniert werden, sonst ersetzen wir den Wettlauf zwischen Unternehmen durch einen zwischen Staaten. Eine internationale Institution sollte Unternehmen und Rechenzentren überwachen, die Frontier-Modelle trainieren, gemeinsame Standards setzen und notfalls eingreifen. Das dritte Element einer Sicherheitsagenda ist staatliche Kontrolle der kritischen Ressourcen: Energie, Daten, Rechenzentren, Hochleistungs-chips und digitale Infrastruktur. Gerade weil KI-Modelle schwer zu kontrollieren sind, ist die Kontrolle der Ressourcen entscheidend.

Wir geben Milliarden aus, um Deutschland und Europa militärisch zu schützen. Gleichzeitig überlassen wir Entwicklung und Risiken einer fundamentalen Technologie, die auch für die militärische Sicherheit essenziell ist, weitgehend wenigen privaten Unternehmen. Das ist ein Widerspruch, den wir uns nicht länger leisten können.

Dieser Beitrag ist am 5. Oktober 2026 in einer längeren Fassung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>